

Jutta Haug

Mitglied des Europäischen Parlaments

Brüssel, im März 2011

Liebe Genossinnen,

ich möchte die Zeit zwischen dem internationalen Frauentag und dem Equal Pay Day nutzen, um Euch über die neusten Entscheidungen im Europäischen Parlament bezüglich der Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen zu berichten.

Das Europäische Parlament hat anlässlich des 100. Jahrestages des Weltfrauentags am 8. März 2011 nicht nur eine feierliche Sitzung abgehalten, bei der der Präsident des Europäischen Parlaments mitsamt allen Vizepräsidentinnen präsiert hat, die für Gleichstellung zuständige Kommissarin, die Vorsitzende des EP-Frauenausschusses, die Staatssekretärin für Europäische Angelegenheiten und je eine Fraktionsfrau Reden gehalten haben, sondern auch drei wichtige Entschlüsse des Frauenausschusses debattiert und über sie abgestimmt.

° Es besteht immer noch eine große Ungleichheit der Löhne zwischen Frauen und Männern. Ebenso sind in Politik und Wirtschaft Frauen nach wie vor unterrepräsentiert. Die Notwendigkeit, geschlechtsspezifische Lohngefälle zu verringern, mehr Frauen in Entscheidungspositionen zu bringen und die Beschäftigungsquote der Frauen anzuheben sind nur einige wenige Punkte der vorgelegten Entschlüsse über den Jahresbericht 2010 zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union. Zudem wird die Notwendigkeit besserer Kinderbetreuungsmöglichkeiten und eines verbesserten Elternurlaubs in der Entschlüsse hervorgehoben. Es heißt in der Resolution, dass sich das BIP um 30 Prozent steigern ließe, wenn die Beschäftigungs- und Teilzeitbeschäftigungsquote, sowie die Produktivität der Frauen auf dem gleichen Niveau lägen wie die der Männer. Es müssen in allen Mitgliedsstaaten für alle Familien genügend Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden, damit die Frauen beruhigt arbeiten gehen können.

Nur 3 Prozent der großen Unternehmen haben eine Frau an der Spitze ihrer höchsten Entscheidungsgremien. Daher fordert das Europäische Parlament, dass alle 27 Mitglieder der Europäischen Union wirksame Maßnahmen ergreifen, die eine bessere Vertretung der Frauen in den großen Unternehmen und in den Verwaltungsräten der Unternehmen gewährleisten. Hierbei verweise ich als positives Beispiel auf Norwegen, dem Spanien und Frankreich bereits gefolgt sind.

Das Parlament fordert die ausgewogene Geschlechterverteilung nicht nur in der privaten Wirtschaft, sondern auch auf politischer Ebene. Die Umsetzung erfordert Maßnahmen auf allen Ebenen, auch regional und lokal.

Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen liegt im EU-weiten Durchschnitt immer noch bei ca. 18 Prozent und überschreitet in einem Mitgliedsstaat sogar 30 Prozent. Wir,

Europabüro, Paulusstr. 45, 45657 Recklinghausen

Tel. 02361-14007, Fax: 02361 – 14018

Mail: europabuero@jutta-haug.de, Homepage: www.jutta-haug.de

als Europaparlament, fordern daher alle EU-Mitgliedstaaten auf, die Gesetzgebung über gleiches Entgelt für gleiche Arbeit ordnungsgemäß umzusetzen. Durch die Entschließung des Parlaments wird die Kommission aufgefordert, Sanktionen gegen Mitgliedstaaten zu verhängen, die ihren Pflichten nicht nachkommen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - das ist zwar eine europäische Verpflichtung, aber leider noch lange keine europäische Wirklichkeit wie uns die Zahlen zeigen. Aber wir sind auf einem guten Weg dorthin.

° Ein weiteres großes Thema, welches das Parlament beschäftigt, ist die Frauenarmut in der Europäischen Union. Obwohl Frauenarmut seit langem eine Realität ist, wurde erst vor relativ kurzer Zeit damit begonnen, das Problem systematisch anzugehen. Deshalb widmet sich eine der abgestimmten Entschließungen genau diesem Thema. Die derzeitige Wirtschafts-, Finanz-, und Sozialkrise, die die Europäische Union wie auch den Rest der Welt betrifft, erzeugt eine Reihe von spezifischen negativen Effekten, die unmittelbaren Einfluss auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen und ihren Platz in der Gesellschaft haben. Fast 17 Prozent der europäischen Frauen werden als arm eingestuft. Die Sozial- und Arbeitspolitik sollte in der Europäischen Union überprüft werden, um wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit für Frauen sicherzustellen. Desweiteren müssen Strategien ausgearbeitet werden, durch die unter anderem auch ein Mindesteinkommen garantiert wird - so fordert es die Entschließung über Frauenarmut.

° Ferner hat das Europäische Parlament am 8.März eine Entschließung angenommen, die den allgemeinen Zugang zu den Gesundheitssystemen und zu einer erschwinglichen Gesundheitsversorgung aufrecht hält und verbessert. Gesundheitliche Ungleichheiten müssen unbedingt abgebaut werden. In der Entschließung über den Abbau von gesundheitlicher Ungleichheit, werden auch Verbesserungen bei der Überwachung und der Vorbeugung von Krankheiten gefordert. Ein besonderes Augenmerk sollte den schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen, ältere Patienten, benachteiligte Gruppen von Einwanderern, Menschen, die ethnischen Minderheiten angehören, sowie Migranten ohne Ausweispapiere gelten.

Ihr seht also, die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen ist keine Frage nur feierlicher Sitzungen, sondern auch Anlass für Arbeit und Arbeitsaufträge.

Es grüßt Euch herzlich



Europabüro, Paulusstr. 45, 45657 Recklinghausen
Tel. 02361-14007, Fax: 02361 – 14018
Mail: europabuero@jutta-haug.de, Homepage: www.jutta-haug.de